Nr. 89 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 1. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18 829, 18 830, 18 887, 17 109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2950. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 72 mm breit, M. 1,50, für das Ausland M. [illegible] Reklamezeile, 81 mm breit, M. [illegible], mit Platzvorschrift M. [illegible], für das Ausland M. [illegible] — Geschäfts- oder Familienanzeigen [illegible] Preisermäßigung. Preisaufschlag für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4,25, vierteljährlich M. 12,75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3,75, vierteljährlich M. 11,25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1,50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4,—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Vor der letzten Entscheidung

In der Antwort der Regierung auf das gewerkschaftliche Ultimatum, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, wird den Gerüchten entgegengetreten, als ob beabsichtigt sei, dem Drucke der Gewerkschaften auf Abhebung des Generals v. Watter nachzugeben. Wie verlautet, soll zur Beruhigung ängstlicher Gemüter in Arbeiterkreisen, die dem Militärbefehlshaber kappistische Neigungen unterstellen, bekanntgemacht worden sein, daß Watter auf dem Boden der Verfassung stehe und seine ihm unterstellten Truppen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen und äußeren Zeichen ihrer republikanischen Verläßlichkeit ausgestattet worden sind. Weiter wurde bekannt, daß Watter nach Ablauf des Ultimatums langsam vorrücke und angewiesen sei, keine entscheidenden militärischen Maßnahmen zu treffen, ohne sich zuvor mit dem Reichskommissar Severing ins Einvernehmen zu setzen. Am Abend des 30. März verlautet dann weiter, daß der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Legien ein Ultimatum der ihm unterstellten Verbände, an die Regierung in Abrede stelle, und zugleich berichten die „B. B. N.“ aus Dortmund, Watter habe den Befehl bekommen, den Vormarsch einzustellen und die Ankunft des Reichskommissars abzuwarten. Zu Zusammenstößen mit Roten Truppen ist es bis zum Augenblick noch nicht gekommen infolge der Zurückhaltung der Reichswehr, die noch eine Frist von 48 Stunden läßt, ehe sie zum Angriff schreitet. Die Lage hat sich in der gefahrvollsten Weise dadurch zugespitzt, daß ein großer Teil der Arbeiterorganisationen dem Vormarsch der Truppen

die Proklamierung des Generalstreiks

entgegengerichtet haben.

Eine im Reichstag versammelte Konferenz von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, der beiden sozialistischen und der kommunistischen Partei, der auch Arbeitervertreter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete sowie Vertreter aus Schlesien, Sachsen und Süddeutschland beiwohnten, hat im Prinzip einen neuen Generalstreik beschlossen, unbedingt für den Fall, daß der Einmarsch in das Industriegebiet veranlaßt werden sollte, bedingt, falls das Ultimatum der Regierung nicht zurückgezogen würde. Im Laufe des heutigen Tages dürfte über die Ausrufung des Generalstreiks im einzelnen abgestimmt werden. Ein großer Teil der Arbeiterschaft steht natürlich einem Generalstreik in diesem Augenblick und zu diesem Zweck ablehnend gegenüber. Und es wird auf eine neue Kraftprobe zwischen den gemäßigten und den radikalen Elementen in der Arbeiterschaft hinauslaufen, ob es zum Streik kommt oder nicht. Die Stimmung ist sehr ernst.

+ **Berlin, 31. März.** (Eig. Drahtbericht.) In einer gestern abend abgehaltenen Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte kam der Wille, den Generalstreik wiederaufzunehmen, deutlich zum Ausdruck. Es wurde eine Entschließung der Funktionäre der Maschinenindustrie verlesen, in der diese erklären, daß sie bereit sind, in den Generalstreik zu treten. Auch die Verkehrsangestellten gaben die Erklärung ab, wenn nötig, sofort in den Generalstreik einzutreten. Auch ein Vertreter des Anhalter Bahnhofs erklärte, daß die Eisenbahnarbeiter dem Generalstreik unbedingt folgen würden. Der Streik müsse eventuell bis zur Sabotage durchgeführt werden. Weitere Generalstreikerklärungen haben Vertreter der Elektroindustrie sowie der Metallindustrie abgegeben. Unter starkem Widerspruch der Versammlung wurde schließlich erklärt, am heutigen Mittwoch in den Betrieben über einen Generalstreik abzustimmen. Weiter werden heute mittag die revolutionären Betriebsräte zu einer Sitzung zusammentreten.

* **Berlin, 31. März.** Die Kommunisten hielten gestern abend eine Versammlung ab, in der dem Proletariat empfohlen wurde, sich einen Generalstreik sich bereit zu halten. In der anschließenden Diskussion kam allgemein der Unwille mit der Führerschaft sämtlicher sozialistischer Parteien zum Ausdruck, in der besonders scharf das Verhalten der U. S. P. kritisiert wurde, der man vorwarf, Verrat am Proletariat verübt zu haben.

* **Berlin, 31. März.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die gesamten Verbände der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Angestelltengewerkschaften und der Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften, erklären sich in der gestrigen Sitzung mit den [illegible] anscheinenden Absichten, einen Generalstreik zu entfachen. Die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vermochte nicht anzuerkennen, daß ein neuer Generalstreik mit seinen für das Volk und Wirtschaftsleben verhängnisvollen Folgen zu rechtfertigen wäre. Für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes lautet deshalb die Parole gegen einen neuen Generalstreik.

In welcher Verwirrung eine Ausrufung des Generalstreiks jetzt führen müßte, ist ohne weiteres [illegible] [illegible], wie auch dem Kultusminister [illegible] wird, die Eisenbahnbeamten und die kritisch organisierten Arbeiter im Ruhrkohlenbezirk ihren Dienst verlassen und sich in einen Gegenstreik gegen den Spartakisterror einzureihen. [illegible]

[illegible] der Roten [illegible]

[illegible]

+ **Bochum, 31. März.** [illegible]

Rote Armee hat erklärt, die Waffen nicht abzuliefern. Am gestrigen Mittag wurden in den meisten Städten des Ruhrgebietes die Arbeiter mit Gewalt aus den Betrieben herausgeholt. Alle Banken und öffentlichen Gebäude sind von den Roten Truppen besetzt.

⊕ **Berlin, 31. März.** (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus Duisburg hat der Rote Zentralrat der Vollzugsräte des Ruhrreviers Hamborn-Mülheim die Ausschließung der sozialistischen und unabhängigen Mitglieder beschlossen. Der jetzt nur noch aus Kommunisten bestehende Zentralrat erläßt am Montag Aufrufe, die die Bewaffnung des gesamten kommunistischen Proletariats des engeren Ruhrreviers und die Fortsetzung des Kampfes gegen die Regierungstruppen anordnen. Selbst wenn der von dem Elberfelder Aktionsausschuß und den Frankfurter Betriebsobleuten für heute angesetzte Generalstreik gegen den Einmarsch Watters wieder, wie gemeldet wird, abgesetzt worden sein sollte, ist die Lage für die Regierung sehr ernst. Die für heute Mittwoch anberaumten, entscheidenden Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und den Führern der revolutionären Arbeiterschaft müssen unter allen Umständen zu einer Entscheidung führen, die die Lage entspannt. Sonst droht neues, unabsehbares Unheil. Ob es Severing gelingen wird, einen alle Teile befriedigenden Ausgleich herbeizuführen, ist bei der erregten, künstlich durch wilde Agitationsreden aufgepeitschten Stimmung der Arbeiterschaft im Ruhrrevier fraglich. Obwohl die Reichsregierung sich in ihrer Antwort erneut auf den Boden der Bielefelder Abmachungen gestellt hat, ist die militärische Frage, die sich in der Forderung der revolutionären Arbeiterschaft auf Abberufung des von der Regierung bestellten Militärbefehlshabers kristallisiert hat, der Punkt, an dem sich die Geister scheiden werden. Wenngleich die selbst in weitesten Arbeiterkreisen anerkannte Weichlichkeit und sympathische Art Severings einen Posten für die Regierung darstellt, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß entweder die heutigen Verhandlungen, bei denen sich die Arbeiterschaft im Ruhrrevier von dem Gedanken einer völligen Ausschaltung der Regierungstruppen leiten läßt, scheitern, oder aber, daß Severing ein Abkommen unterzeichnet, das unter Umständen den Demokraten, deren Vertrauensmann, der Reichswehrminister Geßler, für eine eventuell anzunehmende Wiederherstellung des staatlichen Ansehens eintritt, das Verbleiben im Kabinett schwer macht. Die allernächsten Tage werden zeigen, ob wir der Anarchie ausgeliefert sind oder ob es gelingt, die Aufrührer zur Vernunft zurückzuführen.

Verharren auf dem Bielefelder Abkommen?

Im Anschluß an die Besprechungen, die am Dienstag vormittag mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen, der sozialdemokratischen Parteien und der Reichsregierung stattgefunden haben, hat die Reichsregierung auf die dort vorgetragenen Wünsche mit nachstehendem Schreiben geantwortet:

„Die Reichsregierung steht nach wie vor in dem Bielefelder Abkommen eine geeignete Grundlage für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrrevier und für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Sie hat auch ihrerseits sich an das Bielefelder Abkommen gebunden und Truppen bisher nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren lassen. Dies hat der Reichswehrminister gestern in der Nationalversammlung ausdrücklich festgestellt. Dagegen ist von der andern Seite, obwohl schon sieben Tage verflossen sind, nichts dagegen geschehen, um die sich aus dem Bielefelder Abkommen ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Im Gegenteil: Wesel ist unausgesetzt angegriffen worden, Plünderungen haben in zahlreichen Orten stattgefunden, Expresserische Eingriffe in Bankdepots und in die Gebäude der Reichsbank haben sich ereignet. Lebensmittel usw. sind gewaltsam weggenommen worden. Hilferufe aus Stadt und Land treffen ununterbrochen bei der Reichsregierung ein. Pflicht der Regierung ist, wie von jedem Einsichtigen anerkannt werden muß, dieser Not ein Ende zu machen und wieder für alle Bewohner des Ruhrgebietes geordnete Zustände herzustellen. Dies soll auf der Grundlage des Bielefelder Abkommens geschehen, bei dessen Abschluß die Abberufung des Generals Watter nicht nur nicht verlangt, sondern ausdrücklich gemeinsam abgelehnt wurde. Im übrigen wird die Durchführung der notwendigen Maßnahmen, wie bereits vom Reichskanzler in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung mitgeteilt wurde, unter Beteiligung von zivilen Vertrauensmännern und in der Form erfolgen, daß die Bevölkerung mehr als 48 Stunden Zeit haben wird, von sich aus geordnete Zustände herzustellen, so daß die etwa notwendig werdende Anwendung von Gewalt nur auf Aufrührer und Verbrecher beschränkt sein wird.“

Erweiterte Vollmachten für Severing

Im Anschluß an die Vorgänge im Ruhrrevier hat, wie amtlich gemeldet wird, die Reichsregierung dem Reichs- und Staatskommissar Severing folgende erweiterte Vollmacht erteilt:

„Die Vollmacht des Reichs- und Staatskommissars Severing wird dahin erweitert, daß Entscheidungen über militärische Operationen in dem Gebiete, für das er bestellt ist, im Einvernehmen mit ihm erfolgen sollen. Er wird ferner bevollmächtigt, 1. zu prüfen und zu entscheiden, ob Personen, die in Schutzhaft oder in eine nicht gerichtlich bestätigte Haft genommen sind, [illegible] [illegible] zu entlassen sind; 2. die Namen derjenigen Personen zu bezeichnen, deren Entlassung oder [illegible] Verfolgung er empfiehlt, weil sie an [illegible] von Kapp und [illegible] [illegible] [illegible]

Französische und belgische Proteste

* **Haag, 31. März.** Dem „Algemeen Handelsblad“ zufolge sind Sonntag ein belgischer Offizier und ein Beamter auf dem Rathaus in Duisburg erschienen und haben dem Spartakistenführer Wild ein Ultimatum auf sofortige Räumung von Duisburg und Wahrung einer Neutralitätszone von 10 Kilometer östlich des Rheins überreicht.

⊕ **Genf, 31. März.** (Eig. Drahtbericht.) Der Lyoner „Progrès“ meldet aus Paris: „Wegen die Anwesenheit russischer Sowjetvertreter im Ruhrrevier, die gegen die vertraglichen Kohlenlieferungen an die Entente agitieren, nimmt eine Note Frankreichs Stellung.

Stockung der Gefangenentransporte aus Frankreich

⊕ **Karlsruhe, 31. März.** (Eig. Drahtbericht.) In letzter Woche sind 21 000 deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich in Deutschland eingetroffen, während das Eintreffen von 45 000 angezeigt worden war. Am Sonntag und Montag sind überhaupt keine Gefangenenzüge aus Frankreich eingegangen.

Sonderfriedensbestrebungen in Amerika

⊕ **Genf, 31. März.** (Eigener Drahtbericht.) Der „Herald“ meldet aus New-York: Senator Lodges Antrag, den Präsidenten zum Abschluß eines Separatfriedens mit Deutschland aufzufordern, wurde im Senatsausschuß mit zwölf gegen vier Stimmen angenommen. — Der „Herald“ meldet weiter: Bei den Debatten im Senatsausschuß sprach Lodge unter dem Beifall der Ausschußmitglieder, auch der Friedensvertrag mit Oesterreich müsse von Amerika selbständig und unabhängig von dem in St.-Germain abgeschlossenen Vertrage neu formuliert werden.

Der Konflikt in Dänemark

* **Hamburg, 31. März.** Aus Kopenhagen wird gemeldet: Die Sozialdemokratie hat, nachdem der König das Ultimatum der vereinigten Gewerkschaften abgelehnt und der frühere sozialdemokratische Minister Stauning erfolglos mit dem König verhandelt hat, einen Aufruf erlassen, der alle Arbeiter zum Kampf für eine durchgreifende Demokratie, für Einführung der Republik, für das Einkammersystem und die Herabsetzung des Wahlrechtsalters auf 21 Jahre auffordert. Der Aufruf verlangt außerdem einen Einfluß der Arbeiter auf die Leitung der Betriebe und Beteiligung am Gewinn. Die Entscheidung über den Generalstreik wird heute vormittag getroffen werden.

Der König gestern vormittag seinen Morgenritt unternahm, wurde er, wie dem „Hamburger Fremdenblatt“ gemeldet wird, verschiedentlich mit dem Rufe: „Es lebe Zahle!“ begrüßt. Bei der Wachtparade kam es auf dem Amalienburgschloßplatz zu Zwischenfällen. Als die Wachtparade in den Platz einbog, wurde sie mit dem Rufe begrüßt: „Nieder mit der Garde!“ Beim Einbringen der Fahnen ertönte von allen Seiten Pfeifen. Es verlautet, daß die Einberufung zweier weiterer Jahresklassen der Truppen beabsichtigt ist. Im übrigen ist die Stadt ruhig. Das Publikum durchzieht die Straßen unter Rufen gegen den König, und läßt die Republik hochleben. Der Einfluß der Syndikalisten, die durch Flugblätter zur sofortigen Errichtung der Räterepublik und zur Freilassung aller politischen Gefangenen auffordern, ist bisher gering.

Es verlautet, daß neben dem chauvinistischen Flensburg-Klüngel die Zarinwitwe Dagmar, die sich augenblicklich in Dänemark aufhält und deren unheilvolles Wirken zu Beginn des Weltkrieges noch in Erinnerung sein dürfte, den König zu diesem Schritt getrieben hat. Die Truppen werden zum Eingreifen bereitgehalten. Die Eisenbahner drohen, sofort in den Ausstand zu treten, sobald die Truppen einrücken.

Das neue Ministerium

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das vom König ernannte Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Staatsminister und Justizminister: Rechtsanwalt Otto Liebe, Unterricht: Universitätsprofessor Rosling, Minister des Innern: Stiftsamtmann Kammerherr Oxholm, Verteidigungsminister: Kommandeur Konow, Minister für öffentliche Arbeiten: Ingenieur Monberg, Finanzminister: Direktor Bierl-Hansen, Kirchenminister: Rektor Haß, Handelsminister: Schiffsreeder Svenson. Konow übernimmt einstweilen auch das Ministerium für Aeußeres und Oxholm das Ministerium für Landwirtschaft.

Auf das Ultimatum der vereinigten Gewerkschaften und anderer Organisationen hat der König geantwortet, daß er auf seiner bereits gegebenen Antwort beharre, nach der er nicht der Ansicht sei, einen Staatsstreich begangen zu haben. Er wünsche die Abhaltung von Neuwahlen und die Bildung eines Ministeriums in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des neuen Volksthings.

Gegen den dänischen Chauvinismus

× **Kopenhagen, 30. März.** Der Hauptvorstand der dänischen Sozialdemokratie hat nach einem Bericht des bisherigen Arbeitsministers Stauning über die Lage die Ausschließung des Abgeordneten Marott, der in der nordschleswigschen Frage sich den Chauvinisten angeschlossen hatte, beschlossen. Der Hauptvorstand fordert die Parteigenossen und organisierten Arbeiter auf, die Beschlüsse zu unterstützen, die die Generalversammlung der Gewerkschaften am 31. März vormittags fassen wird.

× **Christiania, 31. März.** Zu der dänischen Krise schreibt „Dagbladet“: Der innerdänische Kampf geht in Wirklichkeit um das ganze Norden's Südgrenze. Das Norwegen die Rückkehr rein dänischer Landesteile zu Dänemark freudig begrüßt, so muß es in dem chauvinistischen Uebergriff gegen deutsche Landesteile wie Flensburg, sei es auch bloß in der Form der Internationalisierung, ein Unglück für Dänemark und den ganzen Norden erblicken, denn Chauvinismus steckt hinter dem Vorgehen des dänischen Königs. Mit ähnlicher Schärfe spricht sich der Leitartikel des Regierungsorgans „Intelligenssedler“ aus. Mit derselben Spitze, nur viel schärfer, der „Sozialdemokraten“: Die ganze zweite Zone [illegible] [illegible] und muß deutsch bleiben.

Polnische Friedenssehnsucht

Von hervorragend unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Alle Nachrichten aus Polen besagen, soweit sie nicht von radikal-nationalistischer Seite stammen, daß die Friedenssehnsucht im Kongreßpolnischen den höchsten Grad erreicht habe und daß dieser Wunsch nachgerade anfange, zu einer strikten Forderung der Bevölkerung zu werden. An sich ist die imperialistische Strömung in Polen immer noch sehr stark, doch ist auf Grund ganz einwandfreier, voneinander örtlich und zeitlich getrennter Nachrichten ziemlich sicher, daß die kriegshetzerische Propaganda nicht nur zurückgeht, sondern die friedenspropagandistische Tätigkeit ständig Fortschritte macht. Man meint in pazifistischen Kreisen sogar den Zeitpunkt errechnen zu können, wo die polnische Regierung gezwungenermaßen zum Frieden bereit sein wird. Naturgemäß ist die P. P. S. (Polnische Partei der Sozialisten) an dieser antikriegerischen Bewegung stark engagiert, ja vielleicht die Haupttriebfeder hierzu, wobei allerdings die radikal-kommunistische Sonderrichtung von der den Aufbau des Staates und die Hebung der Nation anstrebenden Masse zu trennen ist.

Die Mahnung der alliierten und assoziierten Regierungen an die Randstaaten, betreffend ihr Verhalten gegen den bolschewistischen Nachbar im Osten, dürfte, gemäß den Hoffnungen der Friedensfreunde, bei dem bevorstehenden Kampf um den Frieden ebenfalls sehr ins Gewicht fallen. Jedenfalls ist man bemüht, im Landtag für den Frieden eine Majorität zu schaffen, die den militärisch-annexionistischen Gelüsten endgültig die Spitze abbrechen soll. Ob eine solche Majorität erzielt wird, ist zwar noch unbestimmt, da wahrscheinlich, da man mit der Stimmung im Volk wird rechnen müssen. Dabei ist folgendes anzuführen:

Der Krieg gegen die Ukraine war lange Zeit ebenso populär wie später der gegen Sowjetrußland. Die kriegerischen Ereignisse in und um Polen hatten eine Atmosphäre geschaffen, die den leicht erregbaren, latendurstigen polnischen Charakter in militärisch-kriegerischer Hinsicht zur Explosion bringen mußte. Bezeichnenderweise war dabei das zartere Geschlecht sehr stark an dieser Entwicklung beteiligt. Das Volk wollte Helden à la Kosciuszko und Dombrowski sehen, und es bot sich in dem ukrainisch-polnischen Konflikt ein willkommener Anlaß, die Phantasie zur Tat reifen zu lassen. Ebenso schnell aber setzte die Reaktion ein, die allerdings lange Zeit künstlich mit leiblichem Erfolg hintangehalten wurde. Eine sehr große, ja vielleicht ausschlaggebende Rolle spielte die Propaganda von der Kanzel herab durch den Klerus, der in Polen fast allmächtig ist.

Die fortschreitende Kriegsmüdigkeit und die geringen, mit unnatürlich hohen Opfern erkauften Erfolge, die meist in kurzer Zeit mit offensichtlichen Mißerfolgen endeten, haben die Kriegsstimmung in eine niederschmetternde Entmutigung umschlagen lassen. Die ersten Anzeichen hierfür datieren in den Herbst 1919 zurück, als in Sosnowice bei einem Tanzfest der polnischen Offiziere plötzlich der Saal verdunkelt wurde, und nachdem von gleicher Hand das Licht wieder aufgedreht worden war, im Saale ein schwarzumflorter Sarg stand mit der Aufschrift: „Denket der Toten von Lemberg!“ Der Wunsch nach Frieden keimte, wuchs und riß fast alles mit sich. Objektive, gutnationale Polen sagten oft und öfter „Wofür kämpft Polen?“ Und sie gaben sich selbst als Antwort: „Dla franzuski i angielski“ (für Frankreich und England). Die Frauen aber schrien nach ihren Männern und Ernährern der meist zahlreichen Kinder, die Väter, Mütter und Bräute nach ihren Söhnen und Lieben, da die Unterstützung des Staates versagte, und das Geld reichte oft kaum für die Löhnung der Soldaten. So entstand neben der Friedenssehnsucht auch die Mißstimmung. Schließlich schwenkte auch der Klerus ein, dessen Einfluß zu schwinden drohte, und es soll heute die polnische Geistlichkeit ein Machtfaktor in der Friedensbewegung sein.

So steht also Polen am Beginn einer Bewegung für den Frieden, deren Ausgang ausschlaggebend für die weitere Entwicklung, ja vielleicht sogar für die Existenz des Staates sein wird.

Radikalismus in Frankreich

* **Basel, 31. März.** Im französischen Senat begründete der Abgeordnete Chéron eine Interpellation über die bolschewistische Propaganda in Frankreich. An Hand von zahlreichen Belegen setzte er die wachsende revolutionäre Propaganda in dem französischen Arbeiterzentrum auseinander. Er trat gegen die vaterlandslosen Gesellen auf, welche in Frankreich die Sowjetverfassung einführen wollen und tadelte, daß dieser Propaganda sogar noch Geldunterstützungen gewährt würden.

* **Rotterdam, 31. März.** Aus Paris wird gemeldet: Der Sekretär der französischen Eisenbahnarbeiter erklärte auf einer Versammlung des Personals der Ostbahn, man solle sich zum 1. Mai auf einen Streik vorbereiten. Aber das würde nicht ein Streik mit gekreuzten Armen sein, sondern man muß mitwirken an der allgemeinen Revolution.

× **Paris, 30. März.** Der Kongreß der Eisenbahner der Ostbahn erklärte in einer Entschließung, daß allein die revolutionäre Aktion das Proletariat rasch befreien könne. Er verpflichtet sich, die Propaganda im rein revolutionären Geiste durchzuführen und erklärt seine volle Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Arbeiterverbande (C. G. T.) und der Arbeiterinternationale.

Ein Hungerstreik Bela Kuns

id. **Wien, 31. März.** (Eig. Drahtbericht.) Der in einem Pavillon der Irrenanstalt Steinhof internierte Bela Kun und fünf kommunistische Genossen sind seit gestern in den Hungerstreik eingetreten, um dadurch ihre Freilassung zu erzwingen. Der Hungerstreik wird aber nicht ernst genommen, da die Gefangenen die Anstaltskost ablehnen, aber mit Liebesgaben reichlich versehen sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200401/1